Sauerländisches Volksblatt

Dienster Anzeiger für das Sauerland — SV — Gegr. 1840. — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis beträgt 1.50 G.-M., die Einzelnummer kostet 10 G.-Pfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg. Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem m Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 130 — Olpe, Dienstag, den 3. Juni 1924 — 84. Jahrg.

Das Attentat auf den österreichischen Bundeskanzler Prälat Seipel.

Die Verwundung Dr. Seipel ist schwer.

WTB **Wien**, 2. Juni. (Drahtb.) Zu dem Attentat auf den Bundeskanzler Dr. Seipel wird noch gemeldet: Um 7 Uhr abends traf Bundeskanzler Dr. Seipel auf dem Wiener Südbahnhof mit dem Zuge, der von Wien-Neustadt kam, ein. Er verweilte auf dem Perron noch einen Augenblick im Gespräch mit dem Polizeikommissar und dem Bahnhofsvorstand. Während dieser kurzen Unterredung fielen aus nächster Nähe **2 Schüsse**. Der Bundeskanzler Dr. Seipel fragte die bei ihm stehenden Herren, es hat wohl etwas geknallt, ist etwa jemand von Ihnen getroffen worden? Ich spüre nichts. Unmittelbar darauf erbleichte er und wurde ohnmächtig. Die Herren der Umgebung fingen ihn auf und brachten ihn sofort in das in nächster Nähe gelegene Krankenhaus. Von den zwei Schüssen, die auf den Bundeskanzler abgegeben wurden, war der **erste ein Streifschuß** und der andere ein **Lungenschuß**. Bei dem Lungenschuß ist die Kugel im Körper stecken geblieben. Ueber den Zustand des Verwundeten kann ein abschließendes Urteil noch nicht abgegeben werden. Die **Verwundung ist sehr schwer**, wenn auch **nicht tödlich**.

Der deutsche Gesandte begab sich, sowie er von dem Attentat erfahren hatte, ins Spital, um sich nach dem Befinden des Bundeskanzlers zu erkundigen.

Die Darstellung des Bahnhofsvorstehers Stöckl

WTB **Wien**, 2. Juni. (Drahtb.) Der Bahnhofsvorsteher des Südbahnhofes, Stöckl, gab dem Berichterstatter des Sonn- und Montagsblattes eine Darstellung über den

Verlauf des Attentates.

Auf dem Perron war vorher nichts besonderes bemerkbar. Die Sicherheitsbeamten befanden sich auf ihren Posten. Dr. Seipel, dem im letzten Wagen erster Klasse ein Abteil reserviert war, stieg in guter Laune und gewohnter Freundlichkeit aus dem Kupee und begrüßte den anwesenden Hofrat Seemann und den Prälat Lavati. Sie begleiteten Dr. Seipel zum Mittelperron, während Stöckl ungefähr zwei Schritte vorging. „Ich bemerkte plötzlich, erklärt Stöckl, einen Mann in Zivil über die Gleise kommen, dachte jedoch, daß dies, wie es an Sonntagen meist der Fall ist, ein Postbeamter sei, der zum Zuge wollte, um die Postsachen abzuholen. Der Mann blieb jedoch **drei Schritte von Dr. Seipel** entfernt **stehen, hob blitzschnell einen Revolver empor und gab drei Schüsse auf den Bundeskanzler** ab, ehe es jemand verhindern konnte. Ich sprang sofort auf den Mann zu, packte ihn am Arm, um ihm den Revolver zu entwinden, konnte jedoch nicht verhindern, daß er zwei Schüsse gegen sich selbst abgab." Der Vorfall rief auf dem Bahnhof eine große Erregung hervor. Die Menge drang auf den Attentäter ein, jedoch gelang es den anwesenden Sicherheitsbeamten, das Publikum zurückzudrängen. Dr. Seipel, der anscheinend sehr litt und leichenblaß war, begab sich, gestützt auf Hofrat Seemann und Prälat Lavati, zum Polizeibüro, wo er auf ein schnell hergerichtetes Lager niedergelegt wurde. Der Attentäter war ein wenig kräftiger Mann, der angibt, daß er Dr. Seipel nie vorher gesehen habe.

Vorbildliches Christentum des Prälaten Seipel.

WTB **Wien**, 2. Juni. (Drahtb.)

Ueber die Vorgänge auf dem Wiener Südbahnhof melden die Blätter noch, daß, nachdem der **Täter verhaftet** worden war, **die Menge sich auf ihn stürzte. Seipel rief jedoch: Nicht schlagen!**

* Ein Beweis von Feindesliebe, von wirklichem Christentum der Tat, der doch heroisch ist. Mit zwei Schüssen, einem Streifschuß und einem Lungenschuß, sich noch schützend vor den Schuldigen stellen, eine Befolgung des Christusgebotes der Feindesliebe, wie wir es wohl selten in der Weltgeschichte finden.

Der Täter.

WTB **Wien**, 2. Juni. (Drahtb.) Der Verüber des Anschlages auf den Bundeskanzler Dr. Seipel heißt Jaworek. Er ist ein Spinner aus Pottendorf. Der Bundeskanzler, der in schwerverletztem Zustande ins Wiener Krankenhaus gebracht worden ist, wurde bereits zwei Mal operiert.

Der Täter ein Kommunist.

WTB **Wien**, 2. Juni. (Drahtb.) Zu dem Attentat auf Bundeskanzler Dr. Seipel erfahren die Blätter in später Abendstunde, daß der Täter bei seiner Vernehmung von einem **Brief** sprach, der Auskunft über die Ursache der Tat geben werde. Um Mitternacht wurde der Brief auch aufgefunden. Er war an die Frau des Arbeiters gerichtet und das **Geständnis, daß er in seiner Fabrik Veruntreuungen begangen** hatte. Infolgedessen habe er sich entschlossen, **aus dem Leben zu scheiden**. Wenn er aber aus dem Leben gehe, wolle er noch **eine zweite Person mitnehmen, und zwar den, dem die Arbeiter ihr Elend zu verdanken hätten**. Alles Nähere sei in den Morgenblättern zu lesen. Die Blätter bemerken, daß der Arbeiter Jaworek aus Ottenheim (nicht Pottendorf) gebürtig sei und in der **kommunistischen Partei organisiert** war.

Das Befinden Dr. Seipels.

WTB **Wien**, 2. Juni. (Drahtb.) Die Meldung, daß Bundeskanzler Dr. Seipel bereits zweimal operiert worden sei, bewahrheitet sich nicht. Nach einem um Mitternacht ausgegebenen Bulletin befindet er sich **bei vollständig klarem Bewußtsein und von Schmerzen** frei. Sein Befinden ist relativ günstig.

WTB **Wien**, 2. Juni. (Drahtb.) Früh 7.30 Uhr. Ueber den Zustand des Bundeskanzlers Dr. Seipel wird folgendes berichtet: Nach gut verbrachter Nacht ist das **Befinden im allgemeinen zufriedenstellend**. Puls 96, Atem 25, Temperatur 36,7. Es besteht sehr geringer Blutauswurf. **Dr. Seipel muß unbedingt Ruhe haben.**

WTB **Wien**, 2. Juni. (Drahtb.) Der Zustand Dr. Seipels ist fast der gleiche wie am Morgen. Die Temperatur beträgt 36,7 Grad mittags 12 Uhr.

WTB **Wien**, 2. Juni. (Drahtb.)

Ueber das Befinden Dr. Seipels wird folgender Bericht abends 6 Uhr ausgegeben:

Der Allgemeinzustand ist unverändert. Puls 120, Temperatur 37, Respiration 24, Nahrungsaufnahme befriedigend. Aus der Einschußwunde sickert kein Blut mehr.

Deutsche Anteilnahme.

Der Reichskanzler an den Verwundeten.

WTB **Berlin**, 2. Juni. (Drahtb.) Der Reichskanzler richtete an den österreichischen Bundeskanzler folgendes Telegramm: „Mit tiefer Bestürzung erhielt ich soeben Kunde von dem furchtbaren Anschlag auf das Leben Eurer Exzellenz. Ich flehe zu Gott, daß sie bald genesen und ihre erfolgreiche Arbeit zum Wohle Oesterreichs in vollem Umfange aufnehmen mögen."

Der Reichspräsident an den österreichischen Bundespräsidenten.

WTB **Berlin**, 2. Juni. (Drahtb.) Der Reichspräsident richtete an den österreichischen Bundespräsidenten Hainisch folgendes Telegramm: Tief erschüttert durch die Nachricht des ruchlosen Anschlages auf den um Oesterreich hochverdienten und auch von mir sehr geschätzten Bundeskanzler Dr. Seipel versichere ich Sie meiner herzlichsten Teilnahme. Dem verletzten Bundeskanzler bitte ich meine herzlichsten Wünsche für die baldige Wiederherstellung zu übermitteln.

Die Teilnahme des deutschen Reichsaußenministers.

WTB **Berlin**, 2. Juni. (Drahtb.) Reichsaußenminister Dr. **Stresemann** ließ im Auftrage der Reichsregierung durch den deutschen Gesandten in Wien, Dr. **Pfeiffer, dem Bundeskanzler seine Entrüstung über die unselige Tat** und beste Wünsche für baldige Wiederherstellung aussprechen.

Ein österreichischer Ministerrat.

WTB **Wien**, 2. Juni. (Drahtb.) Heute vormittag 10 Uhr traten sämtliche in Wien anwesenden Minister unter dem Vorsitz des rangältesten Kabinettsmitgliedes Dr. Grünberger zu einem Ministerrat zusammen. Mittags fanden Besprechungen der Mehrheitsparteien statt.

Der Vizekanzler.

WTB **Wien**, 2. Juni. (Drahtb.) **Vizekanzler Frank**, welcher auf einige Tage zur Erholung von Wien abwesend war, wurde sogleich von dem Vorfall verständigt. Er traf heute vormittag in Wien ein. Um 1 Uhr trat ein **Ministerrat** zusammen. Wie verlautet, wurde eine **Kundgebung an die Bevölkerung** beschlossen. Auch über die Einberufung des Parlaments wurde beraten.

Deutscher Reichstag

WDZ **Berlin**, 2. Juni. (Drahtb.)

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 3 Uhr und teilt bei der Eröffnung das Ergebnis der vorgenommenen

Schriftführerwahl

mit. Als Schriftführer sind gewählt die Abgeordneten **Scherz**-Frankfurt (Zentr.), Frau **Teusch** (Zentr.), **Schmidt**-Meißen (Soz.), **Ziegler** (Dem.), Frau **Agnes** (Soz.), **Schulz**-Frankfurt (Dn.), Frau **Philip (Dn.), Reich**-München (Bay. Vp.), **Lawerrenz** (Dn.), **Lucke** (völk. Gem.) und Frau **Behm**-Schuch (Soz.).

Die Kommunisten rufen nach Verkündigung des Resultats: „Zweierlei Recht! Die Kommunisten sind ausgeschaltet!"

Der Präsident gedenkt dann, während sich die **bürgerlichen Abgeordneten von den Sitzen erheben, des auf den österreichischen Bundeskanzler verübten Attentats** und spricht den Wunsch aus, daß der hervorragende Staatsmann des befreundeten Staates seine Tätigkeit bald wieder aufnehmen könne. (Beifall.)

Als einziger Punkt auf der Tagesordnung steht der Ausschußbericht über die Anträge auf **Haftentlassung inhaftierter Reichstagsabgeordneter.** Der Ausschuß **beantragt die Entlassung des nationalsozialistischen Abg. Triebel und der kommunistischen Abgeordneten Heydemann, Lademann und Sadasch,** außerdem der **kommunistischen Abgeordneten Buchmann, Florin und Schlecht** aus der in München wegen Beteiligung an einer kommunistischen Versammlung gegen sie verhängten Untersuchungshaft. Drei Fälle sind noch nicht erledigt. Der wegen des Hamburger Putsches in Untersuchungshaft befindliche **kommunistische Abgeordnete Urban** soll nach dem Ausschußantrag **nicht freigelassen werden.** (Die Kommunisten rufen: „Pfui, zweierlei Maß!")

Abg. **Köhnen** (Komm.): Der Reichstag hat bisher immer schon zweierlei Maß angewendet. Er hat die Kommunisten bei der Präsidentschaft und Schriftführerwahl ausgeschaltet und will jetzt auch den kommunistischen Antrag auf Freilassung Urbans anders behandeln als den für den deutschvölkischen Hochverräter Triebel. (Rufe bei den Deutschvölkischen: Judenknecht.)

Abg. **Dr. Kahl** (DVP.): Einer **Aufhebung der Strafhaft stimmen meine Freunde nicht zu.** Wir würden also gegen die **Freilassung der Abgeordneten Triebel und Lademann stimmen.** Aus Gründen zur Stärkung der Staatsautorität lehnen wir die Entlassungsanträge ab. (Beifall b. d. DVP.)

Abg. **Fehrenbach** (Zentr.): Zwischen den Fällen Triebel nd Urban besteht ein grundsätzlicher Unterschied. Triebel, der rechtmäßig verurteilt wurde, hat Bewährungsfrist. Es besteht aber keine Verdunkelungsgefahr. Wir sind bereit, nach dem Wunsche der Kommunisten zuerst den Fall Urban und dann über den Fall Triebel abzustimmen.

Abg. **Frick** (Nationalsoz.): **Wir haben uns in der letzten Sitzung für die Haftentlassung aller Inhaftierten erklärt.** Da die Sache aber an den Ausschuß ging, müssen wir uns unsere Entscheidung in

---

Pieskes neuer Chauffeur.

Roman von Friede Birkner.

Amerik. Copyright 1923 bey Karl Köhler u. Co.,

52] Berlin W. 15

In der sechzehnten Etage gingen sie ebenso nach den Zimmern Pieskes.

Der Fürst klopfte an und Emils liebliche Stimme schrie in neugelerntem Englisch:

„Come in."

Und schon standen die vier im Salon Pieske. Emil schon ohne Kragen, Anna schon ohne Korsett und Lotte im Negligee starrten die vier an, bis Emil als erster die Worte fand:

„Mir bleibt die Spucke weg!"

„Wat is denn nu los?" klappte Anna nach.

„Gnädige Frau! Wir erlauben uns Ihnen Ihren Schmuck wiederzubringen. Hoffentlich fehlt kein Stück," sagte Hans und schob Kitty auf Mama Pieske zu, die mit einem Riesenkrach in den Sessel fiel sehr zum Nachteil des Sessels, der in allen Fugen krachte und noch einen solchen Angriff bestimmt nicht aushielt.

„Meine Brillanten! Mein Schmuck!"

Sie weinte vor Freude und nahm Kitty einen der Gegenstände nach dem anderen ab. „Du gutes Mädchen du ehrliches Mädchen, das soll dir Gott im Himmel lohnen! Sag' wat du dir wünscht — du kriegst es zur Belohnung."

„Ach nein gnädige Frau, so ist das nicht gedacht, ganz im Gegenteil," lachte Hans höhnisch auf. „Kitty hat ja selbst den ganzen Schmuck gestohlen."

„Stibitzt" fügte Robby dazu.

„Was? Kitty hat den Schmuck gestohlen? Ja, so erkläre doch endlich wo ihr herkommt. In dem Aufzug — mit dieser Diebin fort," quälte Lotte dazwischen und wich vornehm ängstlich dem Fürsten aus, der sie begrüßen wollte. „O Gott, wie du aussiehst?! Deine Hände! Pfui!"

„Zier dich net, Lotte, freu' dich lieber, daß der Schmuck wieder da ist", sagte der kleine Fürst kurz und wischte sich mit dem Aermel über die Stirn, die ihm von all der Erregung noch ganz feucht war, denn ein Taschentuch hatte er nicht, der kleine Fürst Radziwill. „Denkst du, daß man in einer Verbrecherkneipe in evening dreß erscheint?"

„Boris? Wo warst du?"

„In Marys Salon, einer Brooklyner Verbrecherkneipe."

„Jetzt friert mich aber der Verstand ein. Nu mal losgelegt, meine Herren."

„Einen Augenblick, Herr Pieske. Erst soll Kitty uns erzählen, wie sie zu dem Schmuck gekommen ist. Los, Kitty mach' den Mund auf! Und bei der Wahrheit bleiben, das rate ich dir", sagte Hans und packte Kitty am Arm, sie drohend ansehend. Doch Kitty hatte ihre Frechheit wiedergefunden, sah ihn Kitty hatte ihre Frechheit wiedergefunden, sah ihn

„Kann ich dann gehen, wenn ich die Wahrheit gesagt habe?"

„Das wird sich zeigen. Rede jetzt!"

„Pssst. Es ist nur nicht viel zu erzählen. Als die Damen damals ankamen, waren sie so dumm von dem Aufbewahrungsort des Schmuckkoffers zu reden, während ich im Nebenzimmer das Bett richtete. Hätten sie nur nach dem Vorschlag der schönen weißen Frau gehandelt, die das Gold auf dem Kopf hat, da hätten sie klüger getan, denn da hätte ich nicht an den Schmuck gekonnt."

„Sparen Sie sich gefälligst jede Kritik an mir und meiner Mutter," zischte Lotte wütend.

„Hi! Giftblume! Ihnen hab' ich es gegönnt, daß ich den Schmuck an mich genommen habe. Immer hat sie die schöne Miß mit dem goldenen Haar gepeinigt," sagte Kitty zu Hans der die Stirn in Falten zog.

„Zur Sache, Kitty zur Sache!"

„Pssst. Die Miß kort hat immer ihre Schlüssel liegen lassen im Zimmer. Well, hab' ich mir in Seife die Abdrücke gemacht von dem nötigen Schlüssel und hab' mir die Abdrücke aufgehoben. Dann kam Sam."

Pieske unterbrach sie wütend.

„Sam! Wo ist der Kerl? Seit heute mittag ist er verschwunden. Hat der auch seine Hand im Spiel?"

„Pssst, Sam hat die Schlüssel machen lassen — well und als sie fertig waren, habe ich mir den Schmuck geholt und bin fort aus dem Hotel. Pssst das ist alles."

„So eine Gemeinheit! „Verfluchtes Niggerpack. Auf die Polizei mit ihr!"

„Davon würde ich abraten. Herr Pieske," unterbrach ihn Hans ruhig. „Sie haben nur unnötige Laufereien und Unannehmlichkeiten. Begnügen Sie sich damit, daß der Schmuck wieder da ist — und lassen Sie Kitty laufen, für Sie ist das unbedingt angenehmer. Und billiger. Denn Sie müßten die ganzen Gerichtskosten bezahlen, die nicht unerheblich werden, da Kittys Hehlershelfer Sam nicht verhaftet ist."

„Sörensen, Sie sind ein kluger Kopf und ick hab' schon manchen Rat von Ihnen angenommen, warum nicht ooch den. Also, denn lauf' und laß' dir hier nicht wieser sehen, sonst kommste doch noch hinter die eisernen Gardinen."

Kitty hatte nur gehört, daß sie laufen könne und schnell wandte sie sich zur Tür an der Robby mit den Händen in der Hosentasche stand und sie vergnügt anlachte.

„By by Kitty old girl, kiß me."

„No Sir, ich bin etwas eilig."

„Glaub' ich dir, mein Mädchen! Dann grüße deinen Sam schön von mir und sag' ihm, daß er der dümmste Kerl in ganz Amerika ist. Soll sich schämen! Hat sich von einem Deutschen an der Nase herumführen lassen und sitzt jetzt aus lauter Angst in Marys Keller. Grüß' auch Mary von mir sie sei die häßlichste alte Hexe, die mir je begegnet sei, kannst du ihr sagen, und du seiest ihrer würdig, du Diebesgelichter."

Dies alles sagte er mit dem liebenswürdigsten Gesicht und doch rückte sich Kitty an ihm vorbei wie ein geprügelter Hund. Als sich die Tür hinter ihr geschlossen hatte, schüttelte sich Robby.

„Brrr! Pfui Teufel! So nun sind wir unter uns jetzt lassen Sie mal einen anständigen Tropfen kommen Herr Pieske, und dann wird erzählt."

„Det soll een Wort sind."

Pieske ging zum Telephon und bestellte allerhand teuflische Bardrinks.

„Mich entschuldigen die Herrschaften. Ich möchte doch so schnell wie möglich meiner Braut von der Auffindung des Schmuckes berichten," sagte Hans.

„Auch det ist mich verständlich. Und nu müssen Sie mir auch gestatten, det ick Ihre Braut hier den Ring mitschicke als Verlobungsgeschenk. Sie können sich schon denken, warum gerade von dem Schmuck." Und verständnisinnig blinzelte Pieske Hans zu, der den kostbaren Ring nicht sehr gern nahm, doch die Gründe der Rehabilitierung durch dieses Geschenk bestimmten ihn zur Annahme.

„Was hat's denn mit dem Schmuck und Fräulein Hermsdorf für eine Bewandnis. Schwiegerpapa?"

„Det ist nischt für Ihnen, Durch'ought Schwiegersohn, det ist eene ganz interne Angelegenheit." Pieske verzichtete noch immer nicht auf die „Durchlaucht" trotz des Fürsten innigster Bitte.

Hans küßte den noch gänzlich verdattert vor ihrem Schmuck sitzenden Mama Pieske die fette Hand, neigte sich kurz, aber artig vor Lotte und verließ, den beiden Freunden noch herzlich Lebewohl sagend, das Zimmer.

27.

In Mister Doudles Haus saß man trotz der späten Nachtstunde um den hellbrennenden Kamin in dessen Glut Astrid immer wieder ein dickes Holzscheit legte. In der dämmerigen Beleuchtung die eine verschleierte Lampe und die Kaminglut bildeten, wirkte die Gruppe am Kamin anheimlich gemütlich.

Mister Kinaseark hatte englische Witze aus dem Londoner Parlament erzählt, in dem er lange Jahre gearbeitet hatte. Mistreß gab einige lustige Begebenheiten von einem amerikanischen Wohltätigkeitsfee zum Besten, und Astrid mußte auf allseitigen Wunsch Wilhelm Busch rezitieren, den sie glänzend ins Englische übersetzte.

So recht schnurrbehaglich fühlte man sich, als plötzlich mitten unter ihnen eine ganz vermegene Erscheinung stand, die auf Mistreß Kingsearl den Browning richtete und in hohlem Ton sagte:

Fortsetzung folgt.

jedem Falle vorbehalten. Wir protestieren dagegen, daß der Fall Triebel mit dem Fall Urban auf eine Stufe gestellt wird. (Gelächter bei den Kommunisten und Rufe: Heuchler.)

Abg. **Dittmann** (Soz.): Wir werden heute unsere Abstimmung von der Entscheidung im Falle Urban abhängig machen.

Abg. **Kunze** (Deutschvölk.): Seit 1918 ist **Hochverrat ein relatives Verbrechen, das zum Recht wird, wenn es Erfolg hat.**

Abg. Frau **Wolcke** (Komm.): Ihr seid ja nichts anderes als **Masken und Hampelmänner des Kapitalismus.** (Gelächter. Ordnungsruf des Präsidenten.) **Sehr geehrtes Schauftheater! Sehr geehrtes Schaukelpferd!** (Präsident Wallraf ruft die Rednerin zum zweiten Mal zur Ordnung und macht sie auf die Folgen des dritten Ordnungsrufes aufmerksam.)

Nach weiterer Debatte wird dem Ausschußantrag auf **Haftentlassung des Abg. Heidemann** (Komm.) **zugestimmt.** Im Falle **Urban** wird in namentlicher Abstimmung mit 222 gegen 149 Stimmen der Ausschußantrag angenommen, der sich **gegen die Haftentlassung** ausspricht. In der darauf folgenden Abstimmung über den Fall **Triebel** wird der Ausschußantrag auf **Haftentlassung** mit 229 gegen 119 Stimmen **abgelehnt** (Rufe rechts bei den Nationalsozialisten, Gelächter bei der Mehrheit.) Der Ausschußantrag auf Haftentlassung des Abg. **Lagemann** (Komm.) wird, da die erste Abstimmung **zweifelhaft** bleibt, im Hammelsprung mit 199 gegen 139 Stimmen angenommen. Die weiteren Ausschußanträge werden gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag.

Mallinckrodt-Gedächtnisfeier in der Zentrumsfraktion des Reichstages.

In der Freitagssitzung der Zentrumsfraktion des Reichstages nahm der Vorsitzende Fehrenbach das Wort zu einer Gedächtnisrede aus Anlaß des 50. Todestages Hermann Mallinckrodts. Fehrenbach würdigte die Verdienste dieses großen Führers der Zentrumspartei in schwerer Zeit. Nach einem Ueberblick über die Geschehnisse von damals und die politische Entwicklung in Deutschland bis auf den heutigen Tag konnte Fehrenbach unter einhelligem Beifall der Reichstagsfraktion feststellen, daß das Zentrum von heute auf der Grundlage der damaligen Zentrumspartei dem Volke zu dienen bestrebt ist. Wir sind heute in einer anderen Zeit. Es handelt sich nicht mehr um den Kampf gegen die übermächtige Staatsgewalt, die sich damals auch gegen die Kirche richtete, sondern heute geht der Kampf des Volkes um seine Wohlfahrt im Widerstreit mit den Interessen herrschsüchtiger Bestrebungen von Klasse und Kaste. Das Zentrum von heute steht wie damals auf dem Boden treuer Hingabe für die Wohlfahrt des gesamten Volkes, nicht nur des katholischen Volksteils und es erblickt seine höchste Aufgabe darin mit allen seinen Kräften unserem Volke und unserem lieben Vaterlande zu dienen. In diesem Gedanken steht die Zentrumsfraktion des Reichstages am Grabe Mallinckrodt's.

Die Ausführungen Fehrenbachs wurden in der Fraktion mit allseitiger Zustimmung entgegengenommen.

Ein Zentrumsantrag zur Besoldungsfrage.

Die Zentrumsfraktion hat unter Führung eines Beamten-Vertreters folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die 16 Ergänzungen des Besoldungsgesetzes, sofort nach der Richtung einer Nachprüfung zu unterziehen, daß bei den unteren und mittleren Besoldungsgruppen eine weitere Verbesserung der Gesamtbezüge alsbald eintritt. Die Reichsregierung hat dem Reichstag nach Fühlungnahme mit den Länderregierungen die erforderlichen Unterlagen vorzulegen. In der Auszahlung der erhöhten Juni-Bezüge darf keine Verzögerung eintreten."

Deutschland.

Rheinländertag in Potsdam.

WTB Berlin, 2. Juni. (Drahtb.) Der gestrige Rheinländertag in Potsdam nahm unter der Beteiligung der landmannschaftlichen Heimatverbände der Rheinländer, Pfälzer, Saarbrückener, Hessen, Westfalen, Elsaß-Lothringer, Eupen-Malmedyer und der Ausgewiesenen einen glänzenden Verlauf. Aus etwa 100 Ortsgruppen des Reiches waren Vertreter erschienen. Auch bemerkte man eine große Anzahl bekannter Ausgewiesener aus den besetzten Gebieten. Schon von 9 Uhr morgens ab brachten die überfüllten Züge, sowie auch Sonderzüge Vertreter aus allen Teilen des Reiches nach der Havelstadt, wo auf dem Bahnhof der Rheinländerverband Potsdam die Erschienenen begrüßte. Um 11 Uhr fand im Lustgarten ein gemeinsamer öffentlicher Bittgottesdienst für die besetzten Gebiete statt. Nach einem Rundgang durch die Parkanlagen des Schlosses Sanssouci versammelten sich die Teilnehmer im linken Flügel des neuen Palais, wo Oberbürgermeister Dehms die Erschienenen namens der Stadt Potsdam begrüßte.

Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Höfle.

Es ist mir eine aufrichtige Freude und eine besondere Ehre, der Aufforderung des Reichsverbandes der Rheinländer zu folgen, Ihrer heutigen Tagung ein Geleitwort zuzurufen. Ich trete ja nicht nur unter Sie **als der Reichsminister für die besetzten Gebiete** und der berufene Anwalt der Interessen der besetzten Gebiete in der Reichsregierung. Ich fühle mit Ihnen allen als **Ihr Landsmann** und grüße mit Ihnen unsere rheinische Heimat, der wir jetzt so fern sind und der doch all' unser Denken, unser Streben und unser Sehnen gilt. Gerade wir, fern vom Rhein, Saar und Ruhr, wissen den Wert des Zusammenschlusses der Rheinländer zu schätzen, der einem jedem von uns einen festen Rückhalt gibt, der dem Rheinland zeigt, daß wir auch in der Ferne fest und treu zu ihm halten und der auch dem unbesetzten Deutschland sichtbar rheinisches Wesen und rheinische Volksgemeinschaft vor Augen führt. Im Verband der Rheinländer sehen wir Volksgenossen jedes Standes und jeder politischen Richtung treu miteinander verbunden; ein getreues Spiegelbild des festen Zusammenhalts der Bevölkerung in den besetzten Gebieten und ein Vorbild für unser ganzes Volk. Wir danken dem Reichsverband der Rheinländer, daß er immer wieder die rheinischen Volksgenossen zusammenschließt und immer wieder das unbesetzte Deutschland auf die Nöte unserer rheinischen Heimat hinweist. Wir danken auch den deutschen Volksgenossen aller anderen deutschen Stämme, daß sie Verständnis für das besetzte Gebiet bekunden, daß unentwegt die Gedanken ganz Deutschlands auf das Rheinland gerichtet sind, und wir wissen, daß dieser Auffassung des deutschen Volkes gemäß die deutsche Regierung, mag sie im einzelnen zusammengesetzt sein wie sie will, alle ihre Handlungen einstellt und einstellen muß auf das Schicksal des Rheinlandes.

Wir stehen unmittelbar

vor einem Höhepunkt der politischen Entwicklung.

Das Sachverständigengutachten eröffnet uns die Aussicht, daß endlich die Einheit zwischen dem Rheinland und dem übrigen Deutschland wiederhergestellt wird. In dem Sachverständigengutachten haben die Autoritäten der Welt festgelegt, daß eine für alle Völker der Welt ersprießliche Lösung nur eintreten kann, wenn die Einheit des besetzten Gebiets mit dem unbesetzten Gebiet wiederhergestellt wird. Wir haben die feste Erwartung und Zuversicht, daß sich diese Meinung durchsetzen wird. **Wir erwarten von der Gerechtigkeit und von der Klugheit der Welt, daß die dem Vertrag von Versailles entgegen widerrechtlich besetzten Gebiete geräumt und daß die wirtschaftliche und die Verwaltungseinheit des Reiches und der Länder mit dem besetzten Gebiet wiederhergestellt wird.** Zusammen damit verlangen wir, nachdem auf unserer Seite der passive Widerstand längst eingestellt ist, als unser Recht und als ein Gebot der Menschlichkeit die **Freigabe unserer Gefangenen und die Rückkehr unserer Ausgewiesenen in die Heimat.** Wir haben die Zuversicht, daß sich diese Erwartungen durchsetzen werden, daß wir unsere rheinische Heimat von dem auf ihr lastenden Druck befreit sehen und daß die Lasten, die der verlorene Krieg uns auferlegt, nicht mehr die westlichen Provinzen niederdrücken und zu ersticken drohen, sondern von dem ganzen Reich gleichmäßig getragen werden.

In diesem Augenblick politischer Spannung gedenken wir Rheinländer **in Liebe und Treue unserer rheinischen Heimat. Wir danken den besetzten Gebieten an Rhein, Saar und Ruhr,** daß sie mit unerschütterlicher Treue am Reiche festhalten, daß sie trotz aller Lockungen und Anfechtungen ihre deutsche Kultur hochhalten. Wir vertrauen, daß es der bewundernswerten Disziplin und dem unverwüstlichen Lebensmut unserer rheinischen Brüder und Schwestern gelingen wird, die Schwierigkeiten der Gegenwart zu überwinden und das Rheinland zu dem zu machen, was es war und was es nach unserem festen Glauben sein wird: **eine der wertvollsten und hochstehendsten Stätten deutschen Wirtschaftslebens, deutscher Kultur und deutschen Geistes.**

Das ist die Hoffnung und der Glaube für uns Rheinländer und darin fühlen wir uns einig mit allen großen Parteien und mit allen Schichten des gesamten deutschen Volkes. Im deutschen Volk und im deutschen Vaterland ist unsere Wurzel. Ihm weihen wir unsere Kraft. Lassen Sie uns das Gelöbnis unserer Treue zu unserer Heimat, den besetzten Gebieten am Rhein, in der Pfalz, an der Saar und an der Ruhr, lassen Sie uns unsere Liebe zum deutschen Rhein und unsere Gefühle der festen und unerschütterlichen Zusammengehörigkeit mit dem ganzen Deutschen Reich zum Ausdruck bringen mit dem Liede, das einem jeden guten Rheinländer im Herzen klingt und das auch einen jeden Deutschen an die Treuepflicht zum besetzten Gebiet mahnt:

Deutschland, Deutschland über alles!

Nachmittags fand im Potsdamer Konzerthause ein öffentliches Konzert statt. Hierauf sprach als Vertreter der Rheinländer

Dr. Albert Paß aus Köln

über das Thema: **„Was verlangen die besetzten Gebiete vom unbesetzten Deutschland?"** Er führte aus, daß die besetzten Gebiete nicht nur zum Reiche, sondern auch zu den einzelnen Ländern in Treue beharrten. Er wies weiter darauf hin, daß der preußische Innenminister Severing bei seiner Anwesenheit in Köln anläßlich der Eröffnung der Kölner Messe den größten Beifall gefunden, als er den Welfen ihren Mißerfolg voraussagte. Redner wandte sich dann gegen jeden Partikularismus und nahm die Forderung des Oberbürgermeisters Kölns auf, daß im Interesse der besetzten Gebiete nur eine Außenpolitik fortgesetzt werden könne, die auf Annahme des Sachverständigengutachtens beruhe. Andernfalls erwarte das besetzte Gebiet einen neuen Appell an das deutsche Volk. Es wird erwartet, daß auch im unbesetzten Gebiet die Parteien ihre Forderungen ebenfalls den vaterländischen Interessen unterordnen, wie dies seit Jahren im besetzten Gebiet geschieht. Den Abschluß der Tagung bildete eine Dampferfahrt von Potsdam nach Wannsee.

Der Prozeß gegen den Hardenattentäter.

Berlin, 2. Juni. (Drahtb.) Vor dem Schwurgericht begann heute der Prozeß gegen den Harden-Attentäter **Unkermann.** Der Vorsitzende stellte zunächst fest, daß **Harden nicht erschienen sei,** sondern aus Holland ein **ärztliches Attest** eingereicht habe demzufolge er **ohne Schädigung seiner Gesundheit die Reise nach Berlin nicht unternehmen könne.** Die Verteidigung beantragt die Verlesung des Briefes Hardens, da dessen Krankheit nicht so schlimm erscheine, wie Harden selbst erklärt habe, daß er sich nie wieder freiwillig einem deutschen Gericht stellen würde. Aus dem Briefe Hardens gehe deutlich die **hochverräterische Tendenz seiner Schreibweise** hervor. Ferner beantragte die Verteidigung die **Bestrafung Hardens wegen unentschuldigten Ausbleibens. Beide Anträge wurden abgelehnt.** Darauf folgte die **Vernehmung** des Angeklagten.

Der große Deportationsprozeß.

Das Gemischte deutsch-belgische Schiedsgericht, das sich unter dem Präsidenten Paul Moriaud, Professor in Genf, aus dem Senatspräsidenten Richard Höne-Frankfurt a. M. und dem Baron Alberic Rollin-Brüssel zusammengesetzt, und das am 2. Juni in Genf in eine außerordentliche Gerichtsverhandlung eintritt, hat im Anschluß an die in Paris beendete **Gerichtsverhandlung** nunmehr in Genf das Urteil in dem großen Deportationsprozeß gefällt, der so, entgegen irrtümlichen Pressemeldungen, nicht mehr in Genf zur Verhandlung kommt.

Es handelt sich, wie erinnerlich, um 10 Klagen von während des Krieges deportierten Belgiern, denen im Falle eines Erfolges etwa weitere 100 000 Klagen folgen sollten. Die Klage lautete auf Zahlung von Lohn und auf Schadenersatz für entstandene Arbeitsunfähigkeit. Dieser belgischen Forderung stand die deutsche These gegenüber, nach der die den Deportierten zugefügten Schäden bereits von Belgien bei der Reparationskommission in Höhe von 144 Millionen Franken für nicht gezahlten Lohn und 496 Millionen Franken Entschädigung für Schäden der Deportierten und anderer Zivilpersonen sowie der Kriegsgefangenen angemeldet und bei der Festsetzung der deutschen Gesamtreparationsschuld bereits angerechnet worden sind.

Das heute gefällte Urteil stimmt dieser deutschen These zu. Angesichts der Bestimmungen des Versailler Vertrages § 8, 2, 3 und 4 der Anlage 1 zu Teil 8 kam der Gerichtshof zu dem Entschluß, daß die Entscheidung über die durch die Deportation und Zwangsarbeit verursachten Schäden ausschließlich die Reparationskommission angehe, und daß der Gerichtshof für die Klage nicht zuständig sei. Nur insofern als Schadenersatzansprüche für mit der Post gesandte, den Deportierten nicht zugestellte Lebensmittelpakete auf Grund des Transportvertrages gefordert wurden, erklärte das Gericht sich für zuständig, anerkannte den Schaden und ordnete weitere Ermittelungen an.

Ausland.

Die erste französische Kammersitzung.

WTB Paris, 1. Juni. (Drahtb.) Die neue Kammer trat um 3 Uhr nachmittags zur konstituierenden Sitzung zusammen. Als Alterspräsident eröffnete der radikale Abgeordnete Professor **Pinart** die Sitzung und erklärte, es sei unerläßlich, daß auch in Frankreich das Frauenstimmrecht verwirklicht werde. Das Wahlsystem, wonach die neue Kammer gewählt worden sei, sei eine Herausforderung des gesunden Menschenverstandes. Das Wahlergebnis vom 11. Mai bedeute, daß die übergroße Mehrheit der Franzosen da sozialen Fortschritt wünsche und daß sie jede Gewalt zurückweise. Sie wolle keine Diktatur, von welcher Seite sie auch kommen möge. Die soeben **abgetretene Kammer** habe die Krönung auf ihren Sieg, den Frieden, nicht bringen können, weil sie vergessen habe, daß man einen Sieg nur mit Hilfe der Alliierten Frankreichs errungen habe. Es sei wesentlich für Frankreich, Reparationen zu erlangen. Diese könne man aber nur erhalten, wenn man die Alliierten auf seine Seite habe und wenn das Abkommen über Reparationen vom Völkerbunde sanktioniert werde. Das Land wolle den Frieden, der kein Gefühl des Hasses und der Rache zur Folge habe, einen Frieden, der den Krieg endgültig in die **Vergangenheit zurückweist.**

Der Alterspräsident besprach sodann die Finanzlage und in Verbindung damit die Frage der Bevölkerungsvermehrung. Diese Fragen bedeuten Frankreichs Leben und Tod. Der wesentliche Grundsatz der Maßnahmen, die ergriffen werden müßten, sei der, daß die Geburt eines Kindes für die Familie nicht Ausgangspunkt für Elend oder Einschränkung sein dürfe, sondern für sie einen Vorteil bedeuten müsse. Frankreich, das während des Krieges Milliarden verausgabt habe, dürfe vor keinen Kosten zurückschrecken, den Zuwachs und die Gesundheit seiner Bevölkerung zu fördern.

Die Rede des Alterspräsidenten wurde von der Linken mit Beifall aufgenommen. Darauf wurde eine Kommission zur Prüfung der Mandate ausgelost.

Der Alterspräsident schloß dann die Sitzung und beraumte die nächste Sitzung auf Dienstag nachmittag 3 Uhr an.

Die Tagung der französischen Sozialisten.

WTB Paris, 2. Juni. (Drahtb.) In der heutigen **Vormittagssitzung der sozialistischen Parteitagung** wurden die auf der Tagesordnung stehenden **internen Angelegenheiten** erledigt. Der Beschluß des geschäftsführenden Ausschusses, der eine **Umwandlung des Populaire in eine 14tägige Veröffentlichung zum Gegenstand** hatte, wurde vom Kongreß gegen 3 Stimmen zugestimmt.

Die spanische Diktatur.

WTB Paris, 2. Juni. (Drahtb.) Wie das Journal aus Madrid berichtet, wurden die Redakteure des kommunistischen Blattes Bataille, die Abgeordneten Companyes, Casanova und der Vorsitzende der Bewerkschaften in Barzelona auf Befehl des Direktoriums verhaftet und nach den kanarischen Inseln desportiert.

Eine Ehrung der österreichischen Staatslenker.

WTB Wien, 31. Mai. Gestern erschien der deutsche Gesandte **Dr. Pfeiffer** beim **Bundespräsidenten Heinisch, um ihm und dem Bundeskanzler Seipel in Anerkennung des deutschen Reiches, für die, vom gesamten österreichischen Volke gezeigte lebhafte Beteiligung an der Deutschlandhilfe das Ehrenzeichen 1. Klasse des Deutschen Roten Kreuzes zu überreichen.**

Der Ruhrkonflikt.

Der Friede im Ruhrbezirk.

WTB Gelsenkirchen, 2. Juni. Nachdem der Ausstand der Bergarbeiter beendet ist, wurden im Laufe des gestrigen Tages eine Anzahl Belegschaftsversammlungen abgehalten, in denen zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert wurde. Gegen 90 Prozent der Belegschaftsmitglieder haben sich mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit, den Ausstand noch kurze Zeit weiterführen zu können, zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt. Ein Teil der Betriebe hat gestern den Betrieb wieder aufgenommen, während ein anderer am Montag die Betriebe wieder in Gang setzen wird.

Die Wiederaufnahme der Arbeit.

WTB Essen, 2. Juni. (Drahtb.) Im gesamten Ruhrgebiet sind heute **82,52 Prozent der Belegschaft zur Frühschicht angefahren.** Im Revier **Duisburg, wo die Kommunisten am stärksten vertreten** sind, betrug die Zahl der Arbeitswilligen sogar 97,31 Prozent der Gesamtbelegschaft. Zu Ruhestörungen ist es nirgends gekommen.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Reichssteuern im Juni.

5. Juni: Lohnsteuer (letzte Mai-Dekade). Keine Schonfrist.

10. Juni: Umsatzsteuer für Mai (Voranmeldung und Vorauszahlung nur von Betrieben mit 1922 mehr als 1,5 Millionen Mark Umsatz); Steuersatz 2,5 v. H. des Umsatzes. Schonfrist: 1 Woche.

10. Juni: Einkommensteuer-Vorauszahlung 1924 von Gewerbe und Bergbau auf Grund des Umsatzes im Mai. Schonfrist: 1 Woche.

10. Juni: Körperschaftssteuer-Vorauszahlung 1924 wie bisher. Schonfrist: 1 Woche.

15. Juni: Lohnsteuer (1. Juni-Dekade). Keine Schonfrist.

25. Juni: Lohnsteuer (2. Juni-Dek.). Keine Schonfrist.

Die neuesten Paßbestimmungen für das besetzte Gebiet.

Auf Grund eines im besetzten Gebietes ausgestellten Personalausweis ist die Wieder-Einreise vom unbesetzten in das besetzte Gebiet **ohne** den neuerdings angeordneten besonderen Stempel bis zum **30. Juni** möglich. Wer seinen ständigen Wohnsitz sonst im besetzten Gebiet nehmen will, muß sich zunächst einen Geleitschein besorgen und dann erst auf Grund einer Verfügung der Besatzungsbehörde von der neuen deutschen Wohnsitzbehörde die Genehmigung zur Wohnsitznahme haben. Beim Verzuge aus dem besetzten Gebiete muß jeder seinen Personal-Ausweis abgeben und erhält dafür einen Abmeldeschein mit dem er die Grenze passieren kann.

Die Gesuche um Geleitbriefe müssen an den zuständigen General gerichtet werden. In dringenden Fällen können diese auch Verwandte, Bekannte, Firmen usw. besorgen. Die Gesuche um Geleitbriefe müssen folgende Angaben enthalten:

a Den Zweck der Reise oder der Reisen.

b die ungefähren einmaligen bezw. verschiedenen Daten der Ein- und Ausreise,

c die Einfahrt- und Ausfahrtspunkte, sowie die vorgesehenen Strecken,

d die Namen und Anschriften der Personen, zu denen sich der Gesuchsteller begeben will bezw. die Personen im besetzten Gebiete, die über ihn Referenzen erteilen können.

Ein Personal-Ausweis, eine Wohnsitzbescheinigung, zwei Lichtbilder, Rückporto und „5" Mark sind beizufügen.

Die Höchstdauer der Geleitscheine kann 6 Monate betragen.

Warnung vor wilden Sammlungen.

Vom Oberpräsidium in Münster wird uns mitgeteilt:

Infolge der Aussperrungen im besetzten Gebiet und der dadurch bedingten wirtschaftlichen Notlage werden von verschiedenen Stellen ohne Genehmigung der Behörden Sammlungen veranstaltet. Es sei darauf hingewiesen, daß derartige Sammlungen, die zudem auch nicht Gewähr für ordnungsgemäße Verwendung bieten, verboten sind. Gegen unberechtigte Sammler wird strafrechtlich eingeschritten werden.

:: **Olpe**, 2. Juni. Wie das WTB aus Berlin drahtlich mitteilt, löst die Reichsbank die aufgerufenen Noten zu 5 Billionen Mark (1. und 2. Ausgabe), zu 10 Billionen Mark (1. und 2. Ausgabe) und zu 100 Billionen Mark (1. Ausgabe), die bereits seit dem 5. bezw. 20. April 1924 nicht mehr gesetzliche Zahlungsmittel sind, nur noch durch die **Reichsbankhauptkasse, Abteilung für aufgerufene Reichsbanknoten,** Berlin SW 19, Kurstraße 38, ein. Die aufgerufenen Noten sind daran erkennbar, daß sie im Gegensatz zu den späteren Emissionen derselben Werte auf der Rückseite unbedruckt sind.

00 **Olpe**, 3. Juni. **(Stadtverordnetenversammlung.)** Die neugewählten Stadtverordneten hat der Bürgermeister Sommerhoff zur ersten Sitzung auf Donnerstag, den 5. Juni, nachmittags 6 Uhr, zu einer Sitzung im Rathause einberufen. Die Tagesordnung sieht folgende Punkte vor: 1. Einführung der neugewählten Stadtverordneten. 2. Beschlußfassung über die **Gültigkeit** der Stadtverordnetenwahl. 3. Wahl des Schriftführers. 4. Wahl der Beigeordneten. 5. Neuwahl sämtlicher städtischer Kommissionen. 6. Wahl des Gewerbesteuerausschusses. 7. Endgültige Anstellung des Polizeibetriebsassistenten Rüth. 8. Antrag eines Baulustigen um Bewilligung eines Darlehns. 9. Ein Unterstützungsantrag. 10. Abänderung der Sparkassensatzung. 11. Nachtrag zur Schankerlaubnissteuerordnung. 12. Nachtrag zur Getränkesteuerordnung. 13. Nachtrag zur Vergnügungssteuerordnung.

!! **Attendorn**, 31. Mai. Gestern Abend kamen die Stadtverordneten im Sitzungssaale des Rathauses zusammen zur 1. Sitzung. Bürgermeister Henne-mann führte die Stadtverordneten mit einer Ansprache ein und nahm die Verpflichtung durch Handschlag vor. Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde Prof. **Kalbfleisch** (Ztr.) einstimmig wiedergewählt. Den Stellvertreterposten erhielt der Möbelfabrikant Jos. **Keimer** (Liste der Gewerbetreibenden) gegen eine Stimme. Zum Schriftführer wurde der Stadtsekretär Dröge und als dessen Stellv. der Stadtverordnete Oberstadtsekretär Joh. Zanders, gewählt. Zur Beschlußfassung über einen vorliegenden Dringlichkeitsantrag war es erforderlich, zunächst die Stadtverordnetenwahlen für gültig zu erklären. Dieses geschah. Die staatl. Oberförsterei will am „hohlen Wege" die neue Oberförsterei errichten und zu diesem Zwecke dort ein Baugrundstück erwerben. (Bekanntlich war die Oberförsterei früher in der abgebrannten Domäne Ewig untergebracht). Bevor eine endgültige Beschlußfassung erfolgt, sollen die vom Fiskus angebotenen Austauschgrundstücke erst besichtigt werden.

Provinzielles

WTB Elberfeld, 2. Juni. (Drahtb.) Vor dem hiesigen Schöffengericht hatten sich **23 Kommunisten** aus Wermelskirchen, Dabringhausen und Remscheid wegen schweren **Landfriedensbruchs** zu verant-

Der Abg. Schmelzer über die Not der Landwirtschaft.

In seiner Etatrede im preußischen Landtage äußerte sich Abg. Schmelzer zur Lage der Landwirtschaft in folgender ausführlicher Weise:

Wir befinden uns tatsächlich in einer Finanzkatastrophe. Diese wird in sehr kurzer Zeit noch viel schärfer in die Erscheinung treten. Wenn ein westfälischer Amtmann, wie er mir gestern sagte, gezwungen war gegen 198 von 450 Zensiten seines Amtes die Zwangsvollstreckung zur Beitreibung von Steuern zu beantragen, (Hört, hört!) so wirft das allerdings ein grelles Licht auf die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler auf dem Lande.

Es ist in diesen Tagen viel von der Kreditnot der Landwirtschaft geredet worden. Ich will dazu nichts mehr sagen, nur darauf hinweisen, daß diese Kreditnot auch in Handel und Gewerbe besteht. (Sehr richtig!) daß diese Kreise ebenso wie die Landwirtschaft unter der Kreditnot außerordentlich leiden und zusammenzubrechen drohen. Ein bezeichnendes Licht darauf wirft, wie ein Bekannter mir neulich sagte, daß er drei Wochen lang an der Kölner Börse einen Waggon feinster Braugerste zum Angebot brachte, daß dieser aber unverkäuflich geweren ist, weil Barzahlung verlangte. Schließlich (ist er 1250 M für diese gute Qualitätsgerste als Barzahlung bekommen. Daraus erhellt, daß der Handel ebenfalls unter der großen Kreditnot leidet; es erhellt der auch, daß es uns Landwirten demnächst unmöglich sein wird, aus unsern Erträgen die Barzahlung an Steuern zu leisten, wie sie heute von der Staatsverwaltung verlangt werden. Wir müssen unbedingt darauf dringen, daß wir nicht mit diesen monatlichen Zahlungen in einer Zeit wie jetzt belästigt werden, wo wir überhaupt kein Geld haben. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir haben heute keine Einnahmen. Unser Vieh, das während des Winters herangefüttert worden ist, ist im Frühjahr abgenommen. Das Vieh, das wir jetzt haben, muß auf die Weide, um zu einer besseren Qualität heranzuwachsen. Roggen, Hafer, Weizen, Kartoffeln aus unserer Ernte sind verkauft. Aus dem Eier- und Butterverkauf können nicht die täglichen Ausgaben des Haushaltes bestritten werden. Es ist bei uns überhaupt kein Geld vorhanden. Wir müssen Einsicht von den Finanzämtern und auch von dem preußischen Finanzministerium verlangen, daß wir Stundung bekommen. Das Landwirtschaftsministerium selbst hat in der Nachweisung der Ersparnisse gesagt, daß die Holzverkäufe nur dadurch hätten aufrecht erhalten werden können, daß den Käufern der Kauf gegen Wechsel erlaubt worden sei. Wechsel sind kein bares Geld. Nehme ich als Bauer einen Wechsel, und wird er nicht zur rechten Zeit eingelöst, dann kann ich ihn nicht decken und komme in noch größere Misere. Wenn es schon dem Landwirtschaftsministerium nicht möglich ist, bares Geld hereinzubekommen, dann mögen Sie ermessen, wie schwer es den Landwirten wird, besonders denjenigen, die von den Märkten der Großstädte weiter entfernt wohnen, das Geld zur gegebenen Zeit hereinzubekommen.

Der Erlös für unsere Produkte hat sich gegenüber den Produktionsmitteln wesentlich verschlechtert. Die Verhältniszahlen sind heute 70 zu 140. Vor 6 Wochen waren sie noch 80 zu 130. Wenn das so in diesem Tempo weitergeht, sehe ich wirklich sehr trübe in die Zukunft. Es ist heute immer noch möglich, vom Ausland Lebensmittel in ungeheuren Mengen hereinzuranportieren, die umsatzsteuerfrei sind. Diese Lebensmittel kommen billiger auf den inländischen Markt, unterbieten unsere eigenen Produkte und zwingen den Staat, Devisen zu beschaffen. Hierin muß unbedingt ein Wechsel eintreten. Wir bekommen aus dem Ausland Gefrierfleisch, Vieh herein, ohne die nötige veterinäre, gesundheitspolizeiliche Aufsicht. Wir verlangen, daß die veterinärpolizeilichen Vorschriften wieder in Anwendung kommen damit die Seuchen nicht aus dem Auslande hereingeschleppt werden in dem Maße, wie es jetzt der Fall ist. (Sehr richtig! im Zentrum). Die Schweineseuchen, die Maul- und Klauenseuche kommen überhaupt nicht mehr zum Aussterben innerhalb Preußens und des Reiches. Das liegt an der laschen Handhabung der bestehenden Gesetze. Diese billige Fleischeinfuhr bedroht insbesondere die bäuerliche Bevölkerung, die durch die Weiterverarbeitung von Getrede, Kartoffeln, Gemüse usw. diese Produkte in wertvollere Produkte umsetzt, in Fleisch, Fett Eier usw. Gerade die bäuerlichen Betriebe leiden unter dem jetzigen Niedrighalten der Fleischpreise. Es ist uns Bauern unverständlich, weshalb der Konsument von diesen niedrigen Viehpreisen keinen Vorteil hat. (Sehr richtig! im Zentrum!) Wenn wir Rinder zu 25 Pfennig pro Pfund Lebendgewicht verkaufen, (Hört, hört! im Zentrum.) und heute noch Fleischpreise haben von 0,90 M. bis 1,20 M., so greifen wir uns an den Kopf und fragen uns „Auf welche Ursachen ist dieses zurückzuführen?" (Sehr richtig! im Zentrum.) Hier muß die Staatsregierung unbedingt nach dem Rechten sehen. Wir müssen die Produktion stützen, wir müssen dem Produzenten mehr für seine Produkte geben, und das ich möglich, ohne daß der Konsument mehr belastet wird.

Wenn der Herr Kollege Heilmann sich eben so scharf gegen die Zölle aussprach, ist doch die Tatsache zu verzeichnen, daß trotz der zollfreien Einfuhr von Getreide und Mehl und trotzdem die Inlandpreise heute weit unter Friedenspreis stehen, Brot und Gebäck und dasjenige, was der Konsument verzehrt, heute weit über die Friedenspreise hinausgehen. Es sind also nicht die Auslandszölle, die das Brot verteuern, sondern es sind andere Faktoren, die in Frage kommen. Wir müssen unbedingt verlangen, daß der Schutz der nationalen Arbeit und der Landwirtschaft möglichst bald ins Auge gefaßt wird, und daß der Preußische Finanzminister seine Steuerzahler in der Landwirtschaft schützt. Denn wenn der Steuerzahler in der Landwirtschaft zusammengebrochen ist und die Industrie nicht mehr zahlungskräftig ist, dann bricht das ganze Finanzgebäude des preußischen Staates ebenfalls zusammen. Die Gefahr ist nicht zu verkennen, die auch für die Konsumentenschaft darin liegt, daß wir vor einer Extensivierung der Landwirtschaft stehen. (Zuruf des Abg. Milberg: „Wir sind schon mitten in ihr drin.") Ganz recht, Herr Kollege Milberg. — Sie ist dadurch hervorgerufen, daß wir nicht mehr imstande sind, die Löhne für eine intensive Wirtschaft aufzubringen, ebensowenig wie für die Produktionsmittel, die zu einer intensiven Wirtschaft gehören. Sache des Finanzministers wird es sein, den Steuerzahler zu schützen. Der Reichswirtschaftsrat hat sich in seinen Unterausschüssen in diesen Tagen für ausreichende Zölle ausgesprochen. Ich erkläre mit aller Deutlichkeit, daß diesem Verlangen des Reichswirtschaftsrates nachgegangen werden muß. Diese Forderung soll nicht in dem Bestreben erhoben werden, hohen Verdienst für die Landwirtschaft herauszuziehen, sondern lediglich der Notwendigkeit dienen, die Produktion zu erhalten, wozu die Landwirtschaft heute nicht mehr imstande ist. Ich bin überzeugt, daß nicht diese Zustände allein das heutige Finanzwesen bedrohen und die Finanzkatastrophe herbeiführen. Auch die passive Handelsbilanz trägt bei zur Katastrophe. Im April hat die Einfuhr um 255 Millionen die Ausfuhr wieder übersteigen. Wenn das einige Monate so weitergehen soll, wird das deutsche Finanzwesen nicht mehr aufgerichtet werden können. Die passive Handelsbilanz kann nur beseitigt werden, wenn wir endlich den ersehnten Wirtschaftsfrieden bekommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Wirtschaftsfrieden allein kann die Erhöhung der Produktion auf diesem Gebiete herbeiführen.

Ich komme zu der preußischen Grundsteuer. Die Bewertung der landwirtschaftlichen Besitzungen zur Grundsteuer sollte nach einer auf Grund eines Antrages Herold gefaßten Entschließung derjenigen des Reiches konform sein. Leider ist es nun Tatsache, daß die Bewertung ganz neben der Bewertung hergelaufen ist, die das Reich in Angriff genommen hat. Die preußischen Katasterämter hatten Anweisung, keineswegs irgend welche Minderbewertung bei den einzelnen Betrieben eintreten, sondern nur einen Ausgleich stattfinden zu lassen. Mit anderen Worten: dort, wo man Abstriche machte, sollten an anderer Stelle Erhöhungen stattfinden. Infolge dieses Nebeneinanderarbeitens von verschiedenen staatlichen Behörden sind im Reich kleine bäuerliche Betriebe als landwirtschaftliche Betriebe angesehen worden, nicht dagegen in Preußen, sondern sind da mit der Hauszinssteuer belastet, — ein ganz unerträglicher Zustand. Man hat gar keine Rücksicht auf das Existenzminimum genommen, das doch auch wirklich und wahrhaftig dem kleinen Bauern zusteht. Durch diese doppelte Besteuerungsart seitens des Reiches und des Staates werden solche kleinen Bauern reinweg zur Verzweiflung getrieben. Man kann es sehr gut verstehen, wenn, wie es in einem kleinen Dorfe bei Paderborn geschehen ist, schließlich die Reichswehr hat anmarschieren müssen, um die gepfändeten Gegenstände nach Paderborn zu überführen, und daß man sich erst unter diesem Druck dazu verstanden hat, die Steuern zu zahlen. (Zuruf im Zentrum: Das Dorf Helmern war es!) — So, na, der Name tut nichts zur Sache. Erscheinungen, die doch zu denken geben. Es handelt sich dort um eine ganz ruhige Bevölkerung, die keineswegs verhetzt war, die nur darüber aufgebracht ist, daß sie infolge der hohen Bewertung ihres Grund und Bodens seitens des Preußischen Staates in eine unerträgliche steuerliche Belastung hineingeführt worden ist, die jeder Beschreibung spottet.

Leider ist es auch richtig, daß klein- und mittelbäuerliche Betriebe prozentual viel höher belastet sind, als Großbetriebe. Der „Deutsche", gewiß keine landwirtschaftliche Zeitung, schreibt zu diesem Kapitel folgendes:

„Ein Gut von etwa 2000 Morgen erster Bodenklasse zahlte pro Morgen 45 Pfg. Einkommensteuer, ein anderes Gut von über 400 Morgen gleicher Bodenklasse ohne Buchführung zahlte pro Morgen 2,70 M., also das 6fache, unter fast gleichen Verhältnissen. Im Bereich desselben Finanzamtes zahlte ein Gut zweiter Bodenklasse von über 1000 Morgen mit Buchführung 10 Pfg. pro Morgen. Aus einem anderen Finanzamtsbezirke wurde mitgeteilt, daß einige Buchführungsbetriebe an Einkommenvorauszahlungen etwa 1 M. pro Hektar, andere, die nicht Buchführung hatten, etwa 8 M. pro Hektar bezahlt hätten. Wo Buchführungsbetriebe bestehen, kann doch durch diese der Nachweis erbracht werden, wie hoch die Rentabilität nachgewiesen werden, die für die in Betracht kommende Gegend in Anrechnung zu bringen ist.

Die gegenwärtige Art der Besteuerung des immobilen Besitzes gegenüber dem mobilen Besitz ist dazu angetan, den immobilen Besitz in einer Weise zu belasten, daß er auch fluktuierend, mobil gestaltet werden wird. (Sehr richtig! im Zentrum.) Mit anderen Worten: die Inhaber von bäuerlichen, landwirtschaftlichen Betrieben sind durch das weitere Bestehen dieser Art der Besteuerung gezwungen, sich von ihrem Besitz zu trennen. Es kann doch nicht Aufgabe des Staates sein, einzelne seiner Bürger so zu belasten, daß sie von ihrer altererbten Scholle flüchten müssen. Ein kleines Beispiel wird Ihnen das beweisen. Die Bewertung des landwirtschaftlichen Besitzes wird berechnet, indem man den Reingewinn mit 25 multipliziert. Angenommen, ein Gut hat 4000 M. Reinertrag, so ist es 100 000 M. wert. Einzelne Abweichungen kommen natürlich vor; aber im großen und ganzen ist die Bewertung maßgebend. Ein Gut von 100 000 M. Wert hat nach den Berechnungen, die vor einigen Monaten Here von Winterfeld und ich unabhängig voneinander angestellt haben, heute 3000—3500 Mark Steuern zu zahlen. Nach Informationen, die mir jetzt zugekommen sind, wo es Gemeinden gibt, die 400 Prozent Zuschläge zur preußischen Grundsteuer zu zahlen haben, und das Finanzministerium nicht dagegen einschreitet, ist di Besteuerung solcher Güter noch viel höher. Es wird also fast der gesamte Reinertrag durch die Steuer aufgefogen. Nun nehmen Sie ein mobiles Kapital von 100 000 M. Unter den heutigen Zinssätzen ist es einem solchen Mann möglich, bei jeder Sparkasse 20 000 M. Zinsen pro anno zu bekommen. Durch geschickte Ausnutzung der Kreditnot in der heutigen Zeit ist es ihnen möglich, 40, 50, ja 100 Prozent zu bekommen, also mit dem mobilen Kapital ein Einkommen zu erringen von 20 000, 50 000 bis 100 000 Mark. Die Besteuerung dieses Vermögens ist in Rücksicht auf die Vermögenssteuer geringer, weil darauf keine Grundsteuer liegt, während auf dem Grund und Boden Vermögens und Grundsteuer liegen, und es ist diesem Besitzer des mobilen Kapitals also leicht möglich, mit einem geringen Prozentsatz seine Einnahmen, seine gesamten Verpflichtungen gegen den Staat abzudecken. Ich komme deshalb zu dem Schluß, daß wir die

Besteuerungsart unbedingt ändern müssen,

daß wir nicht, wie es die Herren Sozialdemokraten mögen und wollen, alles nur auf der Vermögensbesteuerung basieren, sondern wir müssen wieder zu der viel gerechteren Steuer zurückkehren, zur Einkommensteuer. Diese Einkommensteuer mit ihren Zuschlägen ist allein in der Lage, jeden Zensiten richtig zu erfassen. Die Steuerbelastung ist auf die Dauer nur auf diese Weise zu ertragen.

Es ist mir auch eine Beschwerde von dem rheinischen Bauernverein zugänglich gemacht worden, die dem Finanzministerium unterbreitet ist. Darin wird geklagt, daß die Bauern, die vor dem 1. April die Grundsteuer bezahlt haben, heute diese Steuer nicht angerechnet bekommen sollen. Bekanntlich hat die Rheinlandkommission sich damit einverstanden erklärt, daß seit dem April die Grundsteuern im Rheinland erhoben werden. Diejenigen, welche in patriotischer Pflichterfüllung trotz des Verbotes der Rheinlandkommission vorher schon ihre Grundsteuer bezahlt haben, werden heute dafür von dem preußischen Finanzministerium bestraft, dadurch, daß ihnen ihre Steuern heute nicht angerechnet werden, dann verstehe ich wirklich eine solche Politik nicht. Ich hoffe, daß das preußische Finanzministerium, dem diese Beschwerde auch zugegangen ist, der Beschwerde entsprechend handelt.

Wir müssen verlangen, daß überall dort im Preußischen Staat, wo durch Sturm, Unwetter, Hochwasser und Wolkenbrüche die Landwirtschaft geschädigt ist, diesen Tatsachen Rechnung getragen wird, daß man einer Stundung oder einem Erlaß der Steuern zubilligt. (Sehr richtig!) Es kommen die Gegenden in Oberschlesien, auch im Sauerlande in Frage, und besonders die Hochwassergeschäden am Rhein.

Helfen wir der Landwirtschaft nicht allein ihrer selbst, sondern auch des Vaterlandes wegen

Das Vaterland sei der Gegenstand unserer Liebe.

Entschließungen.

Die Hamburger Tagung der deutschen Landwirtschaft nahm folgende Entschließungen an:

Die Bauernvereine zur Steuerveranlagung.

Die Festsetzung der Preußischen Grund- und Reichs-Vermögenssteuer erfolgt zur Zeit in Preußen und im Reich getrennt durch verschiedene Beamtenapparate und nach verschiedenen Gesichtspunkten führt zu Ungerechtigkeiten und Unzuträglichkeiten und dient ebensowenig zur Hebung der Steuermoral wie ein für den gleichen Zweck doppelt aufgezogener Beamtenapparat, zumal zur Zeit des Beamtenabbaues. Die unteren Steuerbehörden haben die Anweisung der Ministerien, wonach die Sachverständigen der berufsständigen Organisationen bei der Steuerveranlagung maßgeblich gehört werden sollen, vielfach außer Acht gelassen. Wir stellen mit Bedauern fest, daß die alten Forderungen der Bauernvereine, wonach bei der Veranlagung aller Steuern die Sachverständigen des Berufsstandes maßgeblich gehört werden sollen, immer noch nicht überall die erforderliche Beachtung gefunden hat

Bauernvereine und Rentenmarkkredit.

Bei Vergebung der Rentenmarkkredite ist der Westen und Süden gegenüber dem Osten ungünstiger gestellt worden. Die bäuerlichen Betriebe haben pro Flächeninhalt im Vergleich mit dem Großbesitz nicht ein Zehntel an Krediten erhalten.

Die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine protestiert auf das energischste gegen diese Art der Kreditverteilung und verlangt, daß in Zukunft die Kreditverteilung auf die einzelnen Länder und Provinzen sich nach der Belastung für die Rentenbank richtet und daß in den einzelnen Ländern und Provinzen die verschiedenen Größenklassen ebenfalls nach diesen Grundlagen Berücksichtigung finden. Der Bauernstand ist nicht weiterhin bereit, die Bürgschaft für die Rentenbank und damit für die Kredite zu übernehmen, die dem Großgrundbesitz zugeführt werden und zudem noch für diese Kredite bezw. Belastungen für die Rentenbank im Interesse des größeren Besitzes eine 6prozentige Verzinsung zu entrichten.

---

worten. Sie waren an dem Ueberfall auf den rechtsstehenden Remscheider Jugendbund beteiligt, wobei ein kommunistischer Arbeiter von seinem eigenen Genossen in der Dunkelheit erschossen wurde. **100 Zeugen waren geladen.** Die Verhandlungen hatten drei Tage in Anspruch genommen. Zwei Angeklagte wurden zu je **einem Jahre neun Monaten Gefängnis** verurteilt. Die **übrigen erhielten Gefängnisstrafen von sieben bis zu fünfzehn Monaten.**

WTB **Düsseldorf**, 2. Juni. (Drahtb.) Der Kaufmann Josef Scheuten **erschoß** am Mittwoch morgen in der zweiten Stunde auf seinem Gartengrundstück seine **Frau mit einer Selbstladepistole.** Die Eheleute lebten seit einigen Jahren getrennt in Ehescheidung und die Tat geschah nach Angabe des Ehemannes, als die Frau ihm bei einer Unterredung wegen der Herausgabe von Geld und eines Geschirrs schroff abgewiesen habe. Scheuten stellte sich selbst der Polizei, der er erklärte, nicht die Absicht gehabt zu haben seine Frau zu erschießen.

WTB **Marsberg**, 2. Juni. (Drahtb.) Die **Stadtberger Hütte** hat am 1. Juni ihren **gesamten Grubenbetrieb** geschlossen, weil, wie durch Anschlag bekannt gegeben worden ist, der Betrieb infolge der niedrigen Kupferpreise nicht mehr lohnend ist. Ein Teil der Arbeiter war schon vor einiger Zeit entlassen worden.

WTB **Dortmund**, 3. Juni. (Drahtb.) Als in der gestrigen Stadtverordnetensitzung die **20 kommunistischen Stadtverordneten,** die die stärkste Fraktion darstellen, vom Bürgermeister **Dr. Fischer durch Handschlag** vereidigt werden sollten, zogen sie **rote Handschuhe** an. Oberbürgermeister **Fischer** erklärte, unter diesen Umständen die Vereidigung nicht vornehmen zu können, worauf die Kommunisten einen **Handschuh auszogen und ihn bei der Vereidigung mit einem gegen Kapital und Bürgertum gerichteten Ausspruch zur Erde warfen.** Bei der sich anschließenden Wahl wurde der kommunistische **Stadtverordnete Lodz** mit 34 von 65 Stimmen zum **Vorsitzenden** gewählt. Stadtverordneter **Lensing** (Ztr.) wurde mit 40 Stimmen zum **ersten** und Justizrat **Pork** (D.-P.) mit 43 Stimmen zum zweiten Stellvertreter gewählt.

Bingen a. Rh., 3. Juni. Vor einigen Wochen verschwand im Orte Geusingen (Kr. Bingen) ein zehn Jahre altes Mädchen und wurde am anderen Tage tot in der Nähe aufgefunden. Es lag nach Feststellung des Gerichtsarztes **Lustmord vor.** Als Täter wurde der etwa 35 Jahre alte, ledige Landwirt Pieroth, ein übelbeleumundeter Mensch, der erst kurz vorher aus dem Zuchthaus, in dem er längere Zeit wegen Sittlichkeitsverbrechens zubrachte, entlassen worden war, verhaftet. Gestern gestand dieser Unmensch im hiesigen Gefängnis einem Mainzer Kriminalinspektor die scheußliche Tat. Er hatte das arme Kind in bestialischer Weise vergewaltigt, dann geröstet und in die Nähe geworfen.

WTB **Lampertheim**, 2. Juni. (Drahtb.) Ein tragisches Geschick traf die Familie **Bobstein** von hier. Nach dem **Genuß von Spargel** starb der Ehemann unter schweren Krämpfen. Die Untersuchung ergab, daß die **Ehefrau aus Versehen bei dem Kochen der Spargel Arsenik verwendet hatte,** das bewahrt war. Diese Fahrlässigkeit machte die Frau so schwermütig, daß **sie sich in dem nahen Kanal ertränkte.**

WTB **Ehrang**, 2. Juni. (Drahtb.) Der Steinhauer Schröder von hier stürzte bei der nächtlichen Heimkehr von einem Ausflug nach der Hochmark in einen alten Steinbruch auf dem Römerberg im Cordelwalde, wo er einige Tage später als Leiche aufgefunden wurde. Schröder ist Vater von sieben Kindern.

WTB **Piesport**, 2. Juni. (Drahtb.) Ein schulentlassener Hütejunge aus Ferres kam beim **Erklettern eines eisernen Mastes der Ueberlandzentrale** der Hochspannung zu nahe und stürzte von dem etwa 10 Meter hohen Mast **tot herab.**

WTB **Bonn**, 2. Juni. (Drahtb.) Bonns **historische berühmte Blumenfrau,** die alte Frau **Schnüffelchen,** die Witwe Schnüffelgen aus Villig, die wohl noch bei vielen alten und jungen Bonner Studenten in schönster Erinnerung stehen wird, feiert in diesen Tagen ihren 80. Geburtstag.

WTB **München-Gladbach**, 3. Juni. Am hiesigen Schlachthof öffnete ein Unbefugter die Türe eines Eisenbahnwagens, in dem sich **vier argentinische Ochsen** befanden. Die wilden Tiere brachen aus und **rannten in die Straßen der Stadt,** alle Personen, die sich nicht schleunigst in die Häuser flüchteten, angreifend. **Eine ganze Anzahl Menschen wurde von den Tieren zu Boden geworfen und zum Teil verletzt.** Die Polizei schoß drei der Tiere nieder, das vierte konnte wieder eingefangen werden. Bis zum Stadtviertel Neuwerk und zum Volksgarten hatten die Tiere Schrecken verbreitet.

WTB **Aachen**, 3. Juni. (Drahtb.) Der **Mordprozeß Züll-Linnartz** fand vor dem hiesigen Schwurgericht seinen Abschluß. Die Verhandlung, zu der 44 Zeugen geladen waren, ergab, daß der Schuhmacher, zuletzt Weichensteller, **Josef Züll,** in Rüth (Eifel) den Werner Verikoven, mit dem er seit Jahren wegen Vermögensauseinandersetzungen und in dem Ehescheidungsprozeß der Linnartz Streit hatte, **vorsätzlich unter Anwendung von Explosivstoffen getötet hatte.** Die Frau Linnartz, die dem Züll den Haushalt führte und früher mit Verikoven ein Verhältnis gehabt hatte, war der Beihilfe angeklagt, wurde jedoch freigesprochen. **Züll wurde wegen Mordes und Sprengstoffverbrechens zum Tode,** 10 Jahren Zuchthaus und dauernden Verlust der Ehrenrechte verurteilt.

WTB **Trier**, 1. Juni. Die Ausweisung des Regierungsrates Bertrab ist von der Rheinlandskommission aufgehoben worden. Herr von Betrab kann in das besetzte Gebiet zurückkehren.

WTB **Eschweiler**, 3. Juni. (Drahtb.) Im Abort des hiesigen Hauptbahnhofes fanden mehrere Kinder eine Geldkassette, aus deren Papieren hervorgeht, daß sie aus einem in Aachen ausgeführten Diebstahl herrührt.

WTB **Duisburg**, 3. Juni. (Drahtb.) Ein **sechsjähriges Mädchen** von hier wurde beim Spielen in der Beckerstraße von einem **umgefallenen Telegraphenmast** so unglücklich **getroffen,** daß der **Tod** sofort eintrat.

WTB **Gräfrath**, 3. Juni. (Drahtb.) Hier wurden **drei Frauen aus Solingen und Wald festgenommen, die von siebzehn Gräbern blühende Blumenstöcke gestohlen und in ihre Handkörbe verpackt hatten.**

Die erste deutsche Journalistin †.

In Berlin starb die erste deutsche Journalistin **Ulrika Frank** im Alter von 74 Jahren, die längere Zeit die Newyorker Staatszeitung und den Hamburger Korrespondenten in Berlin vertrat. Die Verstorbene hat auch eine Fülle von Romanen und Novellen veröffentlicht.

Sport.

Alemania Dortmund schlägt Attendorn 4:2.

(Eigenbericht.)

Um 4 Uhr stellten sich am Sonntag dem Schiedsrichter die Reserve-Elgamannschaft des Sportvereins Alemania Dortmund und die 1. Mannschaft des Spiel- und Sportvereins Attendorn. Der Publikums-

besuch hätte besser sein können doch kann der hiesige Verein immerhin ansehnliche Zuschauerzahl als ein erfreuliches Zeichen für sich buchen. — Gleich zu Anfang entwickelte sich ein lebhaftes Spiel. Das gute Zusammenspiel der Gäste brachte den Stand bei Halbzeit auf 3:0. Attendorns Torwart hatte anscheinend keinen guten Tag. Nach Halbzeit drängten die Attendorner scharf, doch dem in einheitlicher Linie vorgehenden Sturm der Gäste gelang es das 4. Tor zu erringen. Aber die einheimischen Farben sind nicht zu beirren. Jeder Spieler gab sein Bestes her. Der Sturm hat sich gefunden und zweimal findet das „Leder" seinen Eingang in den „feindlichen" Kasten. Das geschah in einer viertel Stunde. Der Gäste Mannschaft war gut trainiert, der Torwart war klassig. Hätte Attendorns Torwart nicht einige haltbare Sachen passieren lassen und wäre das Zusammenspiel besser gewesen, so hätte das Resultat 2:2 lauten können. Verdient haben jedoch die Dortmunder als bessere Mannschaft gesiegt.

Wirtschaftliches.

Die Kreditpolitik der Reichsbank.

Von unserem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter.

Die Reichsbankpolitik, namentlich hinsichtlich der Kreditgewährung, ist in letzter Zeit Gegenstand außerordentlich scharfer Angriffe, die vielen geschäftlichen Zusammenbrüche und die neuerdings sich mehrenden sogenannten Geschäftsaufsichten werden auf diese Politik und ihre Folgen zurückgeführt. Bei diesen Geschäftsaufsichten, die eine Einrichtung noch vom Kriege her sind, und zu dem Zwecke geschaffen wurden, den durch die überraschenden Ereignisse in geldlichen Schwierigkeiten geratenen Unternehmungen gewissermaßen ein Moratorium zu verschaffen, handelt es sich zwar nicht um finanzielle Zusammenbrüche nach Art der Konkurse, aber es ist klar, daß ein Unternehmen bis zum letzten kämpft, ehe es sich in eine solche Situation begibt. Es hat sich auch herausgestellt, daß diese Geschäftsaufsichten hauptsächlich deswegen notwendig sind, weil die Unternehmungen ihre **Außenstände**, die oft erstklassiger Natur sind, wegen der Kreditnot nicht einbekommen können. **Und es hat sich weiter ergeben, daß bei** vielen solcher unter Geschäftsaufsicht gestellten Unternehmungen die Aktiva um mehrere Goldmillionen über die Passiva hinausgehen. Die Aktien solcher Unternehmungen werden zwar unter der ersten Einwirkung derartiger Nachrichten gedrückt, erholen sich aber rasch wieder.

Die Reichsbank wird und kann aber nach Lage der Dinge eine Aenderung ihrer Kreditpolitik nicht eintreten lassen. Es kann sich lediglich darum handeln, denjenigen Unternehmungen und Betriebszweigen, deren Preise sich unter Weltmarktpreis und vielfach, wie bei der Landwirtschaft unter Friedenspreis bewegen, mit stärkeren Mitteln auszuhelfen. Alle anderen Unternehmungen aber müssen im volkswirtschaftlichen Interesse ganz besonders scharf hinsichtlich der Kreditgewährung beurteilt werden. Im übrigen hat die Reichsbank heute schon 50 Prozent über die im Frieden gewährten Gesamtkredite zur Verfügung gestellt. Wenn der Geldbedarf trotzdem größer ist wie im Frieden, so liegt das daran, daß man immer noch in weiten Kreisen von einer sogenannten Sachwert-Psychose erfaßt ist, um deretwillen man lieber die Lager vollgepfropft daheim läßt, als daß man sich entschließt, gegebenenfalls auch etwa mit Verlusten Werte frei zu machen. Das alles wirkt wieder zurück auf den Effektenmarkt, denn es werden lieber Effekten, auch Valutaeffekten abgestoßen, als daß man sich von den aufgestapelten Waren trennt. Das ist ein ganz und gar unwirtschaftliches Verfahren, das eines Tages den betreffenden Unternehmungen sehr teuer zu stehen kommen wird.

Die Politik der Reichsbank beginnt sich aber jetzt erst allmählich auszuwirken. Es ist richtig, daß danach getrachtet werden muß, die jetzige Krisis zu einer Gesundungskrisis zu machen. Das ist aber nur dann möglich, wenn es nicht nur gelingt, die Währung zu halten, sondern auch alles zu tun, um Einflüsse von außen her, die gegen die Stabilität dieser Währung sich richten, zu bekämpfen. Und hierbei kommt es in erster Linie darauf an, die Ueberpreispolitik vieler Unternehmungen, namentlich der noch bestehenden Syndikate zu bekämpfen. Denn es gibt auch eine Inflation von der Preisseite her, eben durch ungebührliche Steigerung der Preisgrundlage. Am Devisenmarkt macht sich zunächst eine Erleichterung geltend, die Zuteilungen können verstärkt werden und mit der Fortsetzung dieser Entwicklung wird auch auf die Preispolitik am wirksamsten eingewirkt.

Zahlungsschwierigkeit.

WTB **Düsseldorf**, 2. Juni. (Drahtb.) Die Düsseldorfer Metallfirma Gans, Eisen- und Metallaktiengesellschaft, hat Antrag auf Geschäftsaufsicht gestellt. Die Ursachen der Schwierigkeiten sollen in Frankenspekulationen liegen. Es wird angenommen, daß die Saarbrücker Firma Gans u. Co., die zu drei Viertel an der hiesigen Firma beteiligt sein soll, in der Lage ist, die Schwierigkeiten zu beheben.

Elberfelder Schlachtviehmarkt.

WTB **Elberfeld**, 2. Juni. (Drahtb.)

Auftrieb 593 Stück Großvieh, davon 22 argentinischer und 12 dänischer Herkunft, 212 Ochsen, 134 Bullen, 398 Färsen und Kühe, 58 Fresser, 2827 Schweine.

Bezahlt wurde für 50 Kg. Lebendgewicht:

1. Ochsen. a. —, b. 56—58, b. 52—54, c. 42—45, d. 30—38.

B. Bullen. a. 48—52, b. 40—45, c. 30—38.

C. Färsen und Kühe. a. 56—58, b. 52—54, c. 40 bis 45, e. 30—35, b. 20—30.

D. Jungvieh. a. 30—40.

2. Kälber. a. —, b. 65—70, c. 55—60, d. 50 bis 55, e. 40—50.

3. Schafe. a. 40—45, b. 30—40.

4. Schweine. a. 48—50, b. 48—50, c. 50—52, d. 50—52, e. 40—45, f. 40—50.

Tendenz des Marktes für Großvieh lebhaft, später flau, für Schweine lebhaft, für Kälber rege.

Dortmunder Schlachtviehmarkt.

WTB **Dortmund**, 2. Juni. (Drahtb.)

Zum heutigen Schlachtviehmarkt wurden aufgetrieben 543 Großvieh, 1104 Kälber, 48 Schafe, 1824 Schweine.

Bezahlt wurden für 50 Kg. Lebendgewicht für 1. Rinder. Ochsen. a. —, b. 55—58, c. 45—55, d. 35—45.

Bullen. a. 45—48, b. 40—45, c. 30—40.

Färsen und Kühe. a. 60—63, b. 58—60, c. 48 bis 58, d. 33—48, e. 16—33.

Kälber. a. 100—120, b. 72—75, c. 60—72, d. 50 bis 60, e. 35—50.

Vollmastschafe. a. 45—55, b. 25—45.

Schweine. a. 50, b. 50, c. 5—56, d. 52—56, e. 48—52.

Marktverlauf lebhaft.

Kölner Schlachtviehmarkt.

Köln, 2. Juni. (Drahtb.) Heute waren aufgetrieben 1253 Großvieh, davon 524 Ochsen 614 Färsen, 115 Bullen, 3061 Kälber, 62 Stallmastschafe und 4242 Schweine. Es kosteten Ochsen a1 0,57—0,60, a2 57—60, b 50—56, c 40—47.

Färsen. a1 56—60, a2 55—60, b 48—54, c 35 bis 43, d 20—28.

Bullen. a 48—52, b 40—45, c 25—34.

Kälber. a 75—1,00, b 55—60, c 45—50, d 35—44.

Schweine. a 53—56, b 53—56, c 53—56, d 49 bis 54, f. 49—54.

Die Preise verstehen sich für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldmark.

Das Geschäft war in Großvieh ziemlich belebt und der Markt geräumt; in Kälbern wurde der Markt langsam und in Schweinen flott geräumt. Schafe wurden nicht notiert.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt F. K. Ruegenberg, Olpe. Verantwortlich für die Gesamtredaktion Dr. phil Albert Wand in Olpe; für die Berliner Redaktion: J. V. Krauß, Berlin-Schöneberg; für den Reklamen- u. Anzeigenteil: Ed. Ruegenberg, Olpe

12 Ausnahmetage 12

Auf unsere niedrigen Tagespreise, von denen Sie ein Besuch unseres Lagers überzeugen wird, gewähren wir bei Barkäufen **vom 1. bis 12. Juni** noch

12% Rabatt

Bei kurzfristigen Creditkäufen Vergünstigung nach Uebereinkunft.

Grösste Auswahl in

Speise-, Herren-, Wohn-, Schlafzimmern u. Küchen, Polstermöbeln, kompl. Betten, Steppdecken Teppichen, Gardinen und Dekorationen.

Jos. Keimer Kom. Ges. Attendorn

Taschenfahrplan
der Reichsbahndirektion Elberfeld
für das
niederrheinisch-westfälische Industriegebiet.
Ausgabe Juni 1924.
Preis 95 Goldpfennig.
Ruegenberg'sche Buchhandlung,
Olpe — Bahnhofstraße.

Raupen
an Stachelbeer- u. Johannisbeersträuchern.
Blattwespen und Blattkäferlarven
vernichtet sofort M. Schneiders
„RAUPENTOD"
Zu haben in all. Apotheken u. Drogerien.
Hersteller: (†1870)
Chemische Fabrik M. Schneider, G.m.b.H., Herdecke-Ruhr.
Erdflöhe vernichtet
M. Schneiders „Jucksin"

Versandstelle
an zuverlässige Personen zu vergeben. Hoher Verdienst! Schriftliche Angebote an:
Gehring & Co. Akt.-Ges., Düsseldorf.

Frische hiesige
Landbutter,
per Pfd. 1,40 Mk.,
bei Abnahme in ganzen Ballen
per Pfd. 1,30 Mk.
Frz. Maiworm :: Olpe.
(†1885)

Ernst Giebeler
SIEGEN
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte
An- und Verkauf von Wertpapieren
Kulante Verzinsung von
Papier- und Rentenmark-Einlagen
Errichtung laufender Rechnungen
Verwaltung und Aufbewahrung von Effekten in eigenen Stahlkammern
Beratung und Auskünfte kostenlos
Telefon Nr. 1801, 1802, 1803 und 1804,
Telegr.-Adr. Bergwerke

Brave, opferfreudige Jünglinge jeden Berufes im Alter von 14—30 Jahren, die Neigung zum religiösen Stande haben und als **Laienbruder** am Werke der Glaubensverbreitung in unseren europäischen Niederlassungen oder in den überseeischen Missionsfeldern mitzuhelfen bereit sind, mögen sich wegen Aufnahme vertrauensvoll wenden an den Hochw. Herrn P. Provinzial der Pallottiner, Limburg (Lahn).

Schwefelsaures Ammoniak,
ferner:
Schweinetröge
Form „Ueberall"
und Leistentröge,
Mosaik-Fixrplatten
und Wandplatten
empfiehlt (†1848
J. Grauheer,
Finnentrop
Telefon Grevenbrück 48.



Von Freitag, dem 6. Juni ab, haben wir eine große Auswahl hochtragender und frischmelker
Kühe und Rinder
zum Verkauf stehen.
Julius Moses
S. Rosenberg
w133 Kirchen,
Telef. 193 Amt Betzdorf.

Motorrad,
3 PS, 2 Zylinder, Getriebe 2 Gänge, fabrikneu, billig zu verkaufen.
Wo, sagt die Geschäftsstelle ds. Bls. (†1884)

4 P.-S.-Motorrad
(Marke Eichner Modell 1924) neu, mit allem Zubehör, wie Sozussitz usw. für 1150,— M. zu verkaufen.
Angebote unter Nr. †1867 an die Geschäftsstelle ds. Bls.

Wirtschafts-Verding.
Die Wirtschaft zu dem am 20. und 21. Juli d. J. stattfindenden
Schützenfest
soll am 10. Juni nachm. 6 Uhr im Gasthof Franz Kreutzmann vergeben werden. Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben. (†1876
Der Vorstand des Schützenvereins Reggen-Leune.
J. A. Bernh. Clemens.

Gute
Ziege
hat billig abzugeben.
Von wem, sagt die Gesch. d. Bls. (†1873

Schöne 5 Wochen alte
Ferkel
hat abzugeben. (†1882
Reuber, Büren

Anzeigen
in dem „S. V."
haben Erfolg

Suche für sofort, braves katholisches
Mädchen
nicht unter 17 Jahren.
Zu erfragen in der Gesch. d. Bl. [†1878

Zum 15. Juni kräftiges kath.
Mädchen
gesucht. (†1872
Frau Cleven,
Hotel Thels Wissen/Sieg.

Tüchtiges, in Küche und Hausarbeit erfahrenes [†1883]
Mädchen
zum 15. Juni gesucht.
Friedr. Sürig,
Arnsberg i/Westf.

Für schulentlassene
Hütejungen u. Arbeitsburschen
suchen wir jederzeit geeignete Arbeitsstellen.
Kath. Männer-Fürsorge-Verein, Dortmund, Mühlenstr. 11a.
Anfragen ist für Auslagen 1,— G.-M. beizufügen.

Dankesagung.
Für die beim Tode meines lieben Mannes, unseres teuren Vaters erwiesene aufrichtige Teilnahme, sowie für die zahlreichen Kranzspenden, sagen wir allen, besonders dem Presbyterium dem Kirchenchor und der Schuhmacherinnung unsern herzlichsten Dank.
Frau Heinrich Bockisch und Kinder
Olpe, im Juni 1924.

2 Waggon Reisigschanzen
(2 mal gebunden)
1 Waggon Birkenreiserbesen
zur Lieferung ins besetzte Gebiet kauft
Karl Heinrich, Kreuztal.
†1871) Telefon 91.

Großbrauerei
sucht sofort rührigen
Vertreter.
Ausführl. Angebote unter Nr. †1870 erbeten a. d. Geschäftsst. ds. Bls.

Fichtenstangen!
Spitzenknüppel, 125 × 5/8 cm ∅ dauernd gegen Kassa zu kaufen gesucht. w111
H. u. A. Hanses, Holzgeschäft,
Räsperwerk b. Oberhundem i. W.

Zwangsversteigerung.
Am Mittwoch, dem 4. Juni, nachmittags 2 Uhr werde ich in Olpe im Schwanensaale folgende Gegenstände:
50 m Wachstuch, 1 Chaiselonguedecke, 4 Bettvorlagen, 5 Lederkoffer, 6 Bettmatratzen (3teilig), 30 m Drell, 40 Paar Hosenträger
öffentlich meistbietend gegen bar versteigern.
Olpe, den 2. Juni 1924.
Rottmann, Gerichtsvollzieher.

Adler-Schreibmaschinen
sind wegen ihrer besonderen Stossstangen-Konstruktion die stabilsten und infolge der verschiedensten Modelle für jeden Zweck geeignet.
Vorführung unverbindlich!
Modell 7 mit zweifacher Umschaltung
Modell 15 mit einfacher Umschaltung
Kleiner Adler für kleinere Betriebe und Privatgebrauch
Louis Hees, Siegen i. Westf. Ruf 272.